

Anträge an die Mitgliederversammlung 2013

- Antrag Nr. 1 **Service aller Telefonanbieter**
Antragsteller: Seniorenbeirat Rheda-Wiedenbrück
- Antrag Nr. 2 **Pflege sichern – Pflege wertschätzen**
Antragsteller: Seniorenrat Bielefeld
- Antrag Nr. 3 **Witwenrente**
Antragsteller: Seniorenrat Bielefeld
- Antrag Nr. 4 **Einkaufserleichterungen für Senioren, die nicht mehr mobil sind**
Antragsteller: Seniorenbeirat Ibbenbüren
- Antrag Nr. 5 **Betreutes Wohnen im Alter**
Antragsteller: Senioren- Arbeitskreis der Gemeinde Bad Sassendorf
- Antrag Nr. 6 **Pflegestammtische in den Gemeinden**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Düsseldorf
- Antrag Nr. 7 **Palliativmedizin und Palliativpflege für den Seniorenbereich**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Düsseldorf
- Antrag Nr. 8 **Wohnraumförderung**
Antragsteller: Kreis-Seniorenvertretung Steinfurt

Antrag Nr. 1 an die Mitgliederversammlung der LSV NRW e. V.

Antragsteller: **Seniorenbeirat Rheda-Wiedenbrück**

Thema: **Service aller Telefonanbieter**

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Die Bundesregierung muss ein Gesetz für besseren Service der Anwender erlassen. Besonders im Hinblick auf die demografische Entwicklung muss dringend etwas passieren. Nach endlos langen Warteschleifen heißt es dann: „Haben Sie das Problem...drücken Sie die 1 – 2 – 3 – 4 usw. Die Ansprechpartner sind oftmals überfordert und der technische Support lässt sehr zu wünschen übrig. Wie sollen ältere Menschen damit klarkommen? Auf den Briefköpfen der Unternehmen gibt es nur noch Call-Center Telefonnummern.

Begründung:

Besonders ältere Menschen werden durch die Machenschaften der Telefonanbieter abgezockt. Nach ungeheuer langen Warteschleifen kommt dann die oben erwähnte Ansage der Problemzonen. Angeblich kostenlose 0800- oder auch günstig dargestellte 018500-Nummern, das Spiel ist immer das Gleiche.

Meistens können ältere Menschen gar nicht so schnell folgen, oder es wird in andere Abteilungen geschaltet. Selbst wenn man einen kompetenten Ansprechpartner(in) in der Leitung hat und sich den Namen notiert, kann man zu 100 % diesen Partner nicht wieder anfordern und der Zirkus geht von vorne los.

Nach dem Wechsel eines Anbieters habe ich besonders negative Erfahrungen gemacht. Darüber würde ich sogar zur Verdeutlichung berichten. Wenn gewünscht mit Nennung von Ross und Reiter.

Es muss unbedingt für die immer größer werdende Anzahl älterer Menschen etwas getan werden.

*Heribert Setter
Vorsitzender Seniorenbeirat
Rheda-Wiedenbrück, den 08.01.2013*

Antrag Nr. 2 an die Mitgliederversammlung der LSV NRW e. V.

Antragsteller: **Seniorenrat Bielefeld**

Thema: **Pflege sichern – Pflege wertschätzen**

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Im Jahr 2013 wird durch die LSV NRW eine Kampagne zum Thema „Pflege sichern – Pflege wertschätzen“ gestartet. Die Kampagne besteht aus zwei Schritten:

1. Der Vorstand erstellt einen Briefentwurf, der von den örtlichen SV genutzt werden kann, um die für sie in Frage kommenden Landtags- und Bundestagsabgeordneten anzuschreiben.
2. Die LSV NRW beantragt im Rahmen ihrer Tätigkeit in der BAG LSV, die NRW-Initiative zu übernehmen und die Mitgliedsvertretungen aufzufordern, sich an der Kampagne zu beteiligen.

Der Entwurf für ein Schreiben an die Abgeordneten könnte etwa folgenden Inhalt haben, s. Anlage.

Begründung:

Im Jahr 2009 waren 2,34 Millionen Menschen pflegebedürftig. Für das Jahr 2030 werden rd. 3,4 Millionen prognostiziert, Tendenz steigend. Sicher ist - unabhängig von der Zuverlässigkeit der Prognosen -, dass die Zahl der Pflegebedürftigen steigen wird und dem ein Mangel an Pflegekräften gegenüber stehen wird, wenn nicht jetzt schon entsprechend gegengesteuert wird.

Es wird eine Personallücke (Vollzeitäquivalenz) von rd. einer halben Million entstehen können.

Die Zahlen variieren je nach zu Grunde gelegten Szenarien (Bertelsmann Stiftung 2012). Aus dem Pflegebericht der Krankenkassen geht außerdem hervor, dass in 20 – 45 % aller Fälle, die Pflege nicht angemessen ist. Damit ist Pflege oft nicht mit der Würde des Menschen vereinbar. Außerdem muss die derzeit in den Pflegeberufen stattfindende Personalfuktuation dringend durch bessere Rahmenbedingungen gestoppt werden. Für die Schaffung angemessener Rahmenbedingungen sind unterschiedliche politische Ebenen (Land und Bund) zuständig.

*Prof. Hilmar Peter
Vorsitzender Seniorenrat
Bielefeld, den 30.01.2013*

Anlage

Briefentwurf:

„Das Aufeinandertreffen steigender Bedarfe nach formaler Pflege und eines rückläufigen Arbeitskräfteangebots konstituiert eine ‚Versorgungslücke‘, die zu schließen eine der vornehmsten Aufgaben der Gesundheits- und Pflegepolitik der nächsten Jahre sein muss“ (Bertelsmann Stiftung 2012: Themenreport „Pflege 2030“, S. 10).

Die Seniorenvertretung.....fordert Sie auf, sich für eine Gesetzgebung stark zu machen, die den Beruf der Altenpflegerin/des Altenpflegers attraktiv ausgestaltet. Das ist eine wesentliche Voraussetzung, um die drohende Personallücke zu schließen, bevor andere Überlegungen, z. B. verstärkte Anwerbung ausländischer Fachkräfte, verfolgt werden. Die Attraktivität des Pflegeberufes begründet sich in der

- guten Ausbildung, der eine
- angemessene Bezahlung folgt.

Darüber hinaus ist

- eine ausreichende personelle Ausstattung und
- eine entsprechende Führungskompetenz in den Einrichtungen und Diensten zwingend erforderlich
- sowie die ausreichende Fortbildung des gesamten Personals.

Eine entsprechende Gesetzgebung muss die Rahmenbedingungen für die o. g. unterschiedlichen Ebenen schaffen, so dass

- eine ganzheitliche, an den Ressourcen orientierte Pflege ermöglicht wird,
- die Pflege durch professionelle Kräfte sichergestellt werden kann,
- die persönliche und fachliche Eignung der Fachkräfte sichergestellt werden kann, und damit die körperlich und emotional anstrengende Arbeit anerkannt und wertgeschätzt wird.

(Dieser Entwurf kann dann von örtlichen Seniorenvertretungen nach eigener Vorstellung variiert werden)

Antrag Nr. 3 an die Mitgliederversammlung der LSV NRW e. V.

Antragsteller: **Seniorenrat Bielefeld**

Thema: **Witwenrente**

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Die LSV NRW e. V. fordert die Bundesregierung auf, keine Änderungen an den bisherigen Regelungen zur Witwenrente vorzunehmen.

Begründung:

Im Spiegel, Ausgabe 52 von Dezember 2012, wird berichtet, dass in der „Streichliste“ aus dem Finanzministerium auch die Kürzung der Witwenrente hervorgehe.

Unabhängig davon, ob diese „Liste“ umgesetzt wird, ist es wichtig, bereits im Vorfeld der Diskussionen einer solchen Absicht zu widersprechen.

Mit dem Antrag Nr. 7 an die MV der LSV NRW e.V. vom 13.02.2012 hat sich bereits der Seniorenbeirat der Stadt Herne deutlich gegen die unsoziale Forderung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) nach einer Kürzung der sogenannten Witwenrenten ausgesprochen.

*Prof. Hilmar Peter
Vorsitzender Seniorenrat
Bielefeld, den 30.01.2013*

Antrag Nr. 4 an die Mitgliederversammlung der LSV NRW e. V.

Antragsteller: **Seniorenbeirat Ibbenbüren**

Thema: **Einkaufserleichterungen für Senioren, die nicht mehr mobil sind**

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Der Vorstand der LSV NRW wird gebeten, in Kontakt mit den großen Lebensmittel-Discountern zu treten, um zu erreichen, dass sie einen Lieferservice für Senioren - die körperlich nicht mehr in der Lage sind, die Einkaufsstätten auf der „Grünen Wiese“ zu erreichen - einrichten.

Begründung:

Die Sicherheit auch im hohen Alter Auto fahren zu können, scheint immer mehr zu schwinden. Älter werdende Senioren, insbesondere in ländlichen Gebieten, machen sich zunehmend Sorge, dass sie die Einkaufsstätten, die vermehrt am Rand der Städte liegen, nicht mehr erreichen können.

Es scheint wichtig, dass sich die marktbestimmenden Einkaufszentren mit den Bedarfen ihrer immer älter werdenden Kunden schon jetzt auseinandersetzen.

*Carl-Ernst Daviter
Seniorenbeirat Ibbenbüren
Ibbenbüren, den 03.02.2013*

Antrag Nr. 5 an die Mitgliederversammlung der LSV NRW e. V.

Antragsteller: **Senioren- Arbeitskreis der Gemeinde Bad Sassendorf**

Thema: **Betreutes Wohnen im Alter**

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Der Vorstand der Landesseniorenvertretung NRW wird gebeten, sich für den Schutz des Begriffes "Betreutes Wohnen" einzusetzen.

Begründung:

Mit dem Begriff "Betreutes Wohnen" wird auf dem Immobilienmarkt für Seniorinnen und Senioren vermehrt aggressiv geworben. Dahinter verbergen sich "ungenauere Angebote" (Versprechungen), die gesetzlich nicht festgelegt und geschützt sind.

Wir fordern deshalb, dass die Landesregierung NRW sich für den Schutz dieses Begriffes einsetzt und einen genau festgelegten Kriterienkatalog aufstellt, der für alle verbindlich und einklagbar ist.

*Christa Nowack
Vorsitzende des Senioren- Arbeitskreises
der Gemeinde Bad Sassendorf
Bad Sassendorf, 06.02.2013*

Antrag Nr. 6 an die Mitgliederversammlung der LSV NRW e. V.

Antragsteller: **Seniorenbeirat der Stadt Düsseldorf**

Thema: **Pflegestammtische in den Gemeinden**

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Der Vorstand der LSV wird gebeten, über Pflegestammtische zu informieren und zu initiieren, dass für Pflegebedürftige, Pflegenden Angehörige und Interessierte, flächendeckend Pflegestammtische in Nordrhein-Westfalen eingerichtet werden.

Begründung:

Angesichts der zunehmenden Anzahl von Beschwerden über Pflegezustände - bis hin zu eindeutigen Berichten über Gewalt in der Pflege - könnten Pflegestammtische verbesserungswürdige Versorgungsstrukturen deutlicher abbilden.

Mehr Transparenz, Verbesserung sowie auch Schutz könnte erreicht werden durch die zielführende Einrichtung von Pflegestammtischen zur Information und zum Erfahrungsaustausch der Pflegenden Angehörigen.

*Klara-Elisabeth Sader
Seniorenbeirat der Stadt Düsseldorf
Düsseldorf, den 08.02.2013*

Antrag Nr. 7 an die Mitgliederversammlung der LSV NRW e. V.

Antragsteller: **Seniorenbeirat der Stadt Düsseldorf**

Thema: **Palliativmedizin und Palliativpflege für den Seniorenbereich**

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Der Vorstand der LSV wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass Umfang und Qualität der ambulanten und stationären palliativen Versorgung alter Menschen in den Bereichen Medizin und Pflege verbessert werden sollen.

Begründung:

Es möge beim Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter ein Lagebericht für Nordrhein-Westfalen beantragt werden, wenn in einer gut aufgestellten Stadt wie Düsseldorf gute Versorgungsstrukturen betont werden, jedoch gleichzeitig Defizite im Bereich der ambulanten Palliativpflege (auch zu wenig mobile Palliativärzte) und die Erfordernis der Aufstockung palliativ-medizinischer Betten für Senioren (in Krankenhäusern) eingeräumt werden.

*Klara-Elisabeth Sader
Seniorenbeirat der Stadt Düsseldorf
Düsseldorf, den 08.02.2013*

Antrag Nr. 8 an die Mitgliederversammlung der LSV NRW e. V.

Antragsteller: **Kreis-Seniorenvertretung Steinfurt**

Thema: **Wohnraumförderung**

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Der Vorstand der LSV NRW wird beauftragt, beim Ministerium für Bauen und Verkehr NRW dafür Sorge zu tragen, dass die nicht abgerufenen Fördergelder, die über die NRW.BANK für Wohnraumförderung verausgabt werden, dem sozialen Wohnungsbau mit erleichterten Fördervoraussetzungen zur Verfügung gestellt werden. Eine Rückgabe der nicht abgerufenen Gelder in andere Systeme der Landesregierung ist nicht hinnehmbar.

Begründung:

Die Richtlinien des Landes für die Inanspruchnahme der Fördergelder über die NRW.BANK zu günstigen Konditionen sind äußerst hoch gesetzt.

Dies bedingt, dass trotz großer Notwendigkeit Maßnahmen unterbleiben, die insbesondere auch für die ältere Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen im baulichen Sektor herbeigeführt werden müssen. Das Verbleiben im Quartier ist für Ältere auch eine Frage des Mietpreises von Wohnungen, die zentral liegen und den Anforderungen eines würdevollen Alter(n)s entsprechen.

Deshalb kann es nicht hingenommen werden, dass Fördergelder aus dem entsprechenden Ministerium wegen zu großer Hürden nicht in Anspruch genommen werden können.

Norbert Junghöfer
2. Vorsitzender der Kreis-Seniorenvertretung Steinfurt
Steinfurt, den 12.02.2013